

Grünes Licht für schwarze Liste

Die Abschaffung der Liste mit den säumigen Prämienzahlern fällt im Kantonsparlament klar durch.

Christian Kamm

Wer hat's erfunden? Der Thurgau hat sie erfunden, die sogenannte schwarze Liste, auf der säumige Prämienzahler verzeichnet sind. Ein solcher Eintrag hat schwerwiegende Konsequenzen, denn die betroffene Person wird mit einem Leistungsaufschub sanktioniert. Das bedeutet: Die medizinische Behandlung wird auf Notfallmassnahmen beschränkt.

Neu auf Gesetzesstufe regeln

Das Instrument ist umstritten – nicht nur im Erfinderkanton Thurgau. Kürzlich wurde allerdings das Recht, eine solche Liste zu führen, im Bundesparlament bestätigt. Der Thurgau ist in der Folge trotzdem gefordert und muss das Ganze jetzt auf Gesetzesstufe regeln. Bis anhin genügte eine Verordnung.

Was nach einer reinen Formsache klang, wuchs sich in der Folge schnell zu einer Grundsatzdiskussion aus. Das wiederum konnte angesichts der politischen Vorgeschichte niemanden erstaunen. Denn SP und Grüne bekämpfen die schwarze Liste im Kanton Thurgau seit Jahren und fordern deren Abschaffung. So jetzt erneut an diesem Mittwochmorgen im Grosse Rat.

Nur noch wenige Kantone haben eine

Den Streichungsantrag stellte die Grüne-Kantonsrätin Erika Hanhart (Matzingen). Ihre Fraktion sei grundsätzlich gegen die Liste. «Sie muss abgeschafft werden.» Das sei auch die Haltung des Bundesrats, erinnerte Hanhart an die Debatten im Bundeshaus. Gleichzeitig verwies sie darauf, dass neben dem Thurgau heute nur noch die Kantone Luzern, Zug und Aargau eine solche Liste führten. Viele hätten sie wieder abgeschafft.



Eine politische Breitseite gegen die schwarze Liste: SP-Kantonsrätin Nina Schläfli.

Bild: Andrea Tina Stalder

Unterstützung gab es von der SP. Deren Sprecherin Nina Schläfli (Kreuzlingen) hatte bereits in der Eintretensdebatte die schweren Bedenken ihrer Fraktion aufgelistet. Die Botschaft der Regierung enthalte keine juristischen Überlegungen über die Zulässigkeit dieses Gesetzes. Folglich: «Ich bin mir nicht sicher, ob es vor Gericht standhalten würde.» Zudem monierte Schläfli etwa die folgenreiche Einschränkung der Menschenrechte und dass keine statistischen Erfahrungen mit dem Case Management vorhanden seien. Letzteres bieten die Thurgauer Gemeinden an, um säumige Prämienzahler bei der Bewältigung ihrer finanziellen Probleme zu unterstützen.

Auch dass nicht zwischen Zahlungsunfähigen und Zahlungsunwilligen differenziert werde, ist Schläfli ein Dorn im Auge. Die Regierung behauptete

einfach, dass die Betroffenen nicht zahlen wollten. «Den Beweis dafür hat sie bis heute nicht erbracht.»

Regierung listet Zahlen auf

In den Augen aller anderen Fraktionen haben sich sowohl die schwarze Liste als auch das Case Management der Gemeinden bewährt. Und die Kantonsregierung hatte in ihrer Botschaft auch konkrete Zahlen parat: Demnach ist die Zahl der aktiven Leistungsaufschübe im Thurgau zwischen 2015 und 2021 von 8786 auf 4688 gesunken. Die Kosten für Verlustscheine sanken von 2,79 auf 2,16 Millionen Franken – obwohl die Kantonsbevölkerung im selben Zeitraum um gut 19 000 Personen gewachsen ist. Darüber hinaus habe der Thurgau schweizweit die tiefsten Prämienausstände, betonte Regierungsrat Urs Martin in der De-

batte. «Und das ist sehr erfreulich.»

«Das Verweigern der Prämienzahlung ist kein Kavaliersdelikt», sagte Kurt Baumann (SVP, Sirmach). Das Case Management in den Gemeinden habe sich eingespielt. Das sah auch Iwan Wüst (EDU, Tuttwil) so. Und: Die Vorteile der Liste würden überwiegen. In den Augen von Alexander Sigg (GLP, Wallenwil) ist sie nicht nur ein wirksames Instrument, sondern stärkt auch die Eigenverantwortung. Das Case Management bringe zwar einen gewissen Aufwand für die Gemeinden mit sich, sagte Sandra Stadler (Mitte, Güttingen), lohne sich aber langfristig, indem ein späterer Sozialhilfefall verhindert werden könne.

Hanharts Streichungsantrag scheiterte mit 86 Nein gegen 25 Ja klar. Ebenso chancenlos war ein Antrag Schläflis: Sie wollte den Gemeinden die Möglich-

keit geben, in begründeten Fällen befristete Ausnahmen vom medizinischen Leistungsaufschub zu beschliessen (80 Nein, 32 Ja).

Angesichts des politischen Schlagabtauschs zur schwarzen Liste säumiger Prämienzahler ging etwas unter, dass die Vorlage noch zwei weitere Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes umfasst. So müssen im Zuge der Umsetzung der Pflegeinitiative künftig auch Spitex-Organisationen einer Ausbildungsverpflichtung nachkommen oder eine Ersatzabgabe leisten.

Und schliesslich wird auf Initiative des Thurgauer Gemeindeverbands ein finanzieller Ausgleich unter den Gemeinden ins Gesetz geschrieben. Dies im Zusammenhang mit Kosten, die für die Kinderspitex anfallen und von Gemeinde zu Gemeinde jeweils extremen Schwankungen unterliegen.

Thurgau bleibt Nehmerkanton

Der Grosse Rat akzeptiert die Realität: Befreiung aus der finanziellen Abhängigkeit ist nicht realistisch.

Thomas Wunderlin

Die Richtlinien seiner Politik hat der Thurgauer Regierungsrat in seiner 2019 erschienenen Broschüre «Vision 2040» dargelegt. Bei der Lektüre habe ihm etwas gefehlt, sagte der Egnacher SVP-Kantonsrat Stephan Tobler am Mittwoch im Grosse Rat: «Der Regierungsrat hat gar keine finanzielle Vision.» Diese Lücke wollte Tobler mit seiner Interpellation schliessen. Deren Titel enthielt Toblers Vision: «Vom Nehmer- zum Geberkanton.»

Zu verwirklichen wäre dieses Ziel nur mit einer riskanten aggressiven Tiefsteuerepolitik, erklärte der Regierungsrat in der Interpellationsantwort. Das könne in einem gewaltigen Knieschuss enden, warnte Fi-

nanzdirektor Urs Martin (SVP) in der Diskussion über Toblers Interpellation am Mittwoch im Rathaus Frauenfeld.

Tobler buchstabierte zurück: Vom Geber- zum Nehmerkanton sei als Metapher gemeint. Es gehe ihm darum, das Ressourcenpotenzial zu stärken. Nebst einer erträglichen Steuerlast und einem guten Wohnangebot seien dafür auch Kultur, Freizeit und Bildung wichtige Faktoren, führte Tobler aus. Um ein Wachstum zu erreichen, müsse man regional differenziert vorgehen. Verschiedene Thurgauer Industriefirmen seien in ihrem Bereich Weltmarktführer.

Wachstum verlangt Infrastrukturausbau

Kenne sie das Ziel, Geberkanton zu werden, wisse die Kantons-

verwaltung, wohin die Reise gehe, attestierte Maja Brühlmann (SVP, Sulgen) dem früheren SVP-Fraktionspräsidenten.

Peter Bühler (Mitte, Ettenhausen) hat Zweifel, ob der Preis diese Reise wert ist. Mit einem starken Wirtschaftswachstum und einer massiven Bevölkerungszunahme müsste ebenso die Infrastruktur ausgebaut werden.

Er habe die metaphorische Absicht verkannt, entgegnete mit leichter Ironie Felix Meier (SP, Romanshorn). Er hielt wenig von der Vision respektive Metapher, vom Nehmer- zum Geberkanton zu werden: «Weshalb ist das ein valables Ziel?»

Laut Sandra Reinhart (GP, Amriswil) betreibt der Thurgau bereits eine Tiefsteuerepolitik.

Sie bemängelte, dass er sein Steuerpotenzial nicht ausschöpfte, dies im Unterschied zu Kantonen wie Solothurn, Freiburg und Jura.

Tobler noch überboten will hingegen Marcel Wittwer (EDU, Schocherswil): Das Ziel müsse nicht nur die Unabhängigkeit vom Finanzausgleich sein, sondern auch von den Zahlungen der Nationalbank.

Wirtschaft via Steuern fördern

Die FDP glaube, der Thurgau könne sich strukturell verbessern und einige andere Kantone überholen, sagte Kristiane Vietze (Frauenfeld). Mit der OECD-Mindeststeuer werde sich der Steuerwettbewerb unter den Kantonen zu einem Wirtschaftsförderwettbewerb verändern:

«Uns Freisinnigen stehen die Haare zu Berge.» Ein Schritt zur Standortförderung habe der Thurgau am Wochenende mit Annahme des TKB-Pakets gemacht. Eventuell brauche er auch ein Standortfördergesetz; alle Kantone hätten ein solches, abgesehen von Genf, Zürich und dem Thurgau.

Stefan Leuthold (GLP, Frauenfeld) verlas das Votum des abwesenden Fraktionskollegen Reto Ammann (Kreuzlingen). Dieser hatte ChatGPT befragt, wie der Thurgau sein Ressourcenpotenzial verbessern könne. Die künstliche Intelligenz hat - wie nicht anders zu erwarten - keine eigene Idee, sondern empfiehlt unter anderem, Innovation und Tourismus zu fördern und die Bildung zu verbessern.

Verbesserte Auslastung der Hilfsangebote

Demenz Die zunehmende Zahl Demenzzkrankter erfordert Angebote zur Entlastung ihrer Angehörigen. Dieses Ziel hat eine überparteiliche Motion, die der Grosse Rat mit 111 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme überwiesen hat. Konkret geht es darum, dass Institutionen wie die «Oase» in Amriswil und Romanshorn mit einer Bewilligung der Gemeinde bis zu sechs Personen beschäftigen dürfen. Bisher braucht es ab vier Beschäftigten eine kantonale Bewilligung. Um diese zu erhalten, ist ein grösserer administrativer Aufwand erforderlich. Mit der unkomplizierten Vergrösserung ihrer Beschäftigtenzahl können die Betriebe ihre Auslastung spürbar verbessern, sagte Gabriel Macedo (FDP, Amriswil). Elisabeth Rickenbach (EVP, Thundorf) strich heraus, dass die Beschäftigten meist ehrenamtlich tätig seien. Sie erhoffte sich einen Ausbau solcher Angebote. Mit ihrer Hilfe könnten Angehörige Luft holen, da sie über Stunden entlastet würden. Eine Konkurrenz zur Spitex werde nicht geschaffen. (wu)

Mehr Kormorane, weniger Fische

Bodensee In Egnach sei eine neue Kormorankolonie innert dreier Jahre auf 180 Brutpaare gewachsen, sagte Eveline Bachmann (SVP, Frauenfeld) in der parlamentarischen Fragestunde. Die Brutpaare am ganzen Bodensee bezifferte sie auf über 1200. Demgegenüber sei beim Fischfang ein Negativrekord von 150 Tonnen zu verzeichnen. Sie wollte wissen, wie sich der Regierungsrat zu einem Kormoran-Management stelle. Ihr seien die Hände gebunden, sagte SP-Regierungsrätin Cornelia Komposch. Man habe versucht, einzelne Kormorane im Herbst und Winter abzuschliessen, um die andern Kormorane zu vergrämen. Das Verwaltungsgericht habe das 2020 «zu unserm Bedauern» untersagt. Eingriffe in die Brut seien nur beim Nachweis konkreter Schäden zulässig. Der Einfluss des Kormorans sei wissenschaftlich nicht genau zu bestimmen. Baden-Württemberg prüfe ein Kormoranmanagement, dem der Thurgau offen gegenüberstehe. (wu)

Gsaat isch gsaat

«Das ist Zweiklassenmedizin: Die einen zahlen die Prämien, die andern zahlen sie nicht.» Kurt Baumann (SVP, Sirmach) unterstützt die schwarze Liste der säumigen Prämienzahler.

«Viele von uns werden 2040 nicht mehr hier sein – mit Ausnahme von Brunner und Vögeli, die längerfristige Engagements haben.»

Regierungsrat Urs Martin (SVP) spielt auf die amtsältesten Kantonsräte an, beide heissen Max und sie sind beide seit 1992 im Amt. (wu)